

# Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz  
Vollständ. Konto:  
Nr. 954 Berlin NW 7

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Circ.-Konto  
bei der Reichsbank

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.



**Verkaufswerte (frei liegend):** Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 19.—25. 11. 1923: In Sorau in den Ausgabeblättern 50 Goldpfennig, im Haus gebracht 8 Milliarden Mark mehr, auf dem Lande in den Ausgabeblättern der nahe Sorau gelegenen Dörfern 52 Goldpfennig, der weiter gelegenen 53 Goldpfennig, im Haus gebracht 8 Milliarden Mark mehr, durch die Post bezogen monatlich: frei liegend. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Auslieferung hat der Besteller keinen Anspruch auf Ersatz oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreise:** Die 3spaltige Kolonialsache für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 3 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig, im Restmetriert die 4spaltige Kolonialsache je Millimeterhöhe 7 1/2 Goldpfennig, auswärtig 12 1/2 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Zahlung nach festem Tarif, nur gültig bei Fortführung der Abrechnung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 273

Mittwoch, den 21. November 1923

113. Jahrgang

## Vertrauensstundgebung für Dr. Stresemann.

Die eingehende Aussprache in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, die der Rede Dr. Stresemanns folgte, gipfelte sich zu einer überwältigenden Vertrauensstundgebung für die Parteiführer und Reichstagsler. Das Ergebnis der Aussprache fand seinen Ausdruck in folgender

### Entschließung:

„Der Zentralvorstand gedenkt in Trauer und Ehrfurcht der tapferen Volksgenossen an Rhein und Ruhr in dieser tiefsten Not und ist mit der Reichsregierung darin einig, daß der kausale Zusammenhang des besetzten Gebietes mit Reich und Ländern unverändert bleibt. Daraus ist das besetzte Gebiet und deutsch soll es bleiben immerdar.“

Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein volles Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Verringerung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett aufzubringen, sieht er in der Zusammenfassung der jetzt das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine gedeihliche politische Weiterarbeit.

Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Schulz Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgend welchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist von ihr überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik reiflos unterstützen wird.“

Die Entschließung wurde mit der überwältigenden Mehrheit von

206 gegen 11 Stimmen

angenommen. Der Vorsitzende Cz. von Richter schloß die Sitzung mit einem Dankeswort an alle Beteiligten, insbesondere an den Parteiführer Dr. Stresemann.

## Stresemanns Glühdwunsch an Dr. Nieber.

Berlin, 19. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann hat an den Geheimen Justizrat Dr. Nieber, M. d. R., folgendes Telegramm geschickt:

„Zu Ihrem 70. Geburtstag sende ich Ihnen, sehr verehrt Herr Geheimrat, namens der Reichsregierung die warmsten Glückwünsche. In dem hinter Ihnen liegenden einhundertjährigen Lebenslauf haben Sie für das deutsche Rechts- und Wirtschaftsleben, insbesondere für das Bauwesen und seine gesetzliche Regelung Großes geleistet. Aber auch in der deutschen Politik der letzten Decennien haben Sie als Mitglied des Reichstages, der heute in Ihnen seinen Vizepräsidenten verehrt, in unerhörter Arbeit für die Allgemeinheit ein hoch verdienstliches erworben, auf welche Sie mit Stolz zurückblicken können.“

Darf ich mit diesem Glühdwunsch die Hoffnung verknüpfen, daß es Ihnen noch lange vergönnt sein möge, in körperlicher und geistiger Blüte Ihr gegenständliches Lebenswerk fortzusetzen.“

des. Reichskanzler Stresemann.“

## Rhein und Ruhr vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Zu der am Montag abgehaltenen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, in der die rheinisch-westfälische Frage beraten wurde, waren außer den Ausschussmitgliedern auch sämtliche Reichstagsabgeordnete aus dem besetzten Gebiet hinzugezogen worden. Von der Reichsregierung waren außer dem Reichskanzler außerdem der Innenminister Dr. Jares, Finanzminister Dr. Lütcher, der Richter der besetzten Gebiete Fuhs, Verkehrsminister Fesler und Staatssekretär Dr. Müller vom Weieraufbauministerium. Der Reichsrat war

## Sozialdemokratischer Mißtrauens-Antrag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Montag nachmittag über ihre Stellungnahme in der heutigen Reichstagsfraktion lange beraten, ehe der entscheidende Beschluß zustande kam. Die Fraktion wird, wie nunmehr feststeht, ein eigenes Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann einbringen. Seine Formulierung wird von dem Inhalt der Ranglerrede abhängig sein und von einem besonderen Ausschuß der Fraktion beschloffen werden. Im Mittelpunkt dieses Mißtrauensvotums wird voraussichtlich die von der Reichsregierung bekanntlich bisher abgelehnte sozialdemokratische Forderung nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes im Reich stehen. Insbesondere steht sich die Sozialdemokratie, wie es heißt, auch durch die aus dem Ausnahmezustand erwachsene Situation in Sachen und Thingen zu einer oppositionellen Haltung veranlaßt. Ebenso läßt die Haltung der Reichsregierung in der bayerischen Frage den Sozialdemokraten Anlaß zum Widerspruch.

Wie die Berliner Blätter zu der Reichstagsfraktion am heutigen Dienstag mitteilen, dürften außer den Sozialdemokraten auch die Deutschnationalen und die Kommunisten, begründete Mißtrauensvoten einbringen. Da jedoch die Motive der Mißtrauensanträge durchaus verschiedenartig sein werden, sei es sehr wohl möglich, daß die drei Anträge nur die Unterstützung der Antragsteller finden und dadurch der Ablehnung verfallen. Ob für das Kabinett Stresemann ein ausdrückliches Vertrauensvotum eingebracht werden wird, ist noch nicht entschieden. Der demokratische Fraktionsvorsitzende hat am Montag den Beschluß gefaßt, sich an einem Mißtrauensvotum nicht zu beteiligen.

Heute vormittag wird der Reichskanzler vor der Plenarsitzung die Führer der Parteien der Mitte empfangen, um sie über den Inhalt seiner Reichstagsrede zu unterrichten und mit ihnen die durch die Haltung der Oppositionsparteien geschaffene politische Situation zu erörtern.

Der Verlauf der Verhandlungen im Reichstag wird den Blättern zufolge etwa folgender sein: Zuerst soll die Opposition zu Worte gelangen und zwar werden für die Sozialdemokratische Abgeordnete Wels, für die Deutschnationalen Abgeordnete Serrg und Sprockel. Erst dann wird der Reichskanzler das Wort ergreifen, um seine Innen- und Außenpolitik zu verteidigen. Nach

durch zahlreiche Vertreter der Ennsländer vertreten. Alle Parteien wünschten über die beschriebenen politischen Angelegenheiten und insbesondere über die Rheinlandfrage ausführlich zu sprechen. Bei der Eröffnung der Sitzung machte der Vorsitzende Dr. Schulz (D. Volksp.) bekannt, daß einem Vorschlag des Reichstagsrats des Reichstages entsprechend, eine Anzahl von Vertretern der besetzten Gebiete, die nicht dem Auswärtigen Ausschuss als Mitglieder angehöre, als Sachverständige geladen seien. Er betonte weiterhin als Selbstverständlichkeit, daß sich der Auswärtige Ausschuss nicht etwa deshalb mit den besetzten Gebieten befassen, weil auch nur ein einziges Mitglied des besetzten Gebieten habe, daß es sich bei Rhein und Ruhr um auswärtiges Gebiet handle; jede Annahme liege dem gesamten deutschen Volk heute und immer fern. Der Auswärtige Ausschuss behandle vielmehr die Angelegenheiten von Rhein und Ruhr nur deshalb, weil eine Aussprache über die Folgen von deren rechtswärtiger Besetzung und Verhinderung sei mit unferen auswärtigen Beziehungen. Nach einem eingehenden Referat des Reichskanzlers über die Stellungnahme des Kabinetts zu Rhein und Ruhrfrage, indem er im wesentlichen den Darlegungen, die er hinsichtlich der auswärtigen Politik bereits am Sonntag vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei gemacht hatte, folgte, sprach die Abgeordneten Müller-Franck (Soz.), Erlebens (Dem.) als Vertreter der besetzten Gebiete und als Sachverständiger, fetter St. nnes (D. Volksp.), Sieder (Komm.), Dr.

der Reichskanzlerrede werden wahrscheinlich die Parteien eine zeitliche Rednerreihe vorziehen. Die Ablehnung über die gestellten Anträge ist, nach den Blättern, erst für Sonnabend zu erwarten.

### Sum Streit am Stresemann

schreibt der „Tag“:

Ob Stresemann heute geht oder bleibt — auch das ist nur ein Uebergang, ein Uebergang zu anderem und zu Neuem. Nur vor dem einen müssen wir uns in dieser Stunde hüten: daß wir nicht noch einmal zurückfallen in das, was war, und in das, was abgetan sein soll. Das wir nicht durch Uneinigkeit unter den Nationalgeheimen über die zu betretenden Wege den Leuten der Rufen noch einmal einen Fußtritt Boden überlassen, auf dem sie neue Wirrkongressionen, wenn auch nur für kurze Zeit, aufbauen können. Der Münchener Rufsch in seinen beiden Begleitartikeln hat das eine geleistet: Alles durchgedenkt, vorzubedenken, vorzubereiten, langsam in Gang zu bringen. Der Weg seit dem November 1918 ist schnell überwandbar worden. Die Ereignisse haben sich wie auf einem Film aberspielt. Aber bilden wir uns nicht ein, eine Stufe der Entwicklung unbeachtet lassen zu können. Wir könnten leicht stolpern. Wir werden eines Tages das Land nur noch mit diktorischer Vollmacht eines einzelnen Mannes regieren können und müssen. Aber bis dahin sollte der Verlust der bürgerlichen Koalition gemacht werden, wenn er gemacht werden kann. Das Bürgerküm muß erkennen, wie günstig sich seine Position ist. Das Bürgerküm muß erzeugen werden zum einseitigen Zusammenstoßen und Handeln. Wenn die Elemente von rechts dazu den Anstoß geben können, daß auch Zentrum und Demokraten hineingezogen werden können, so sollte der Versuch unternommen werden. Jeder Volk ist nur durch Zwang in festes Geleise zu bringen. Das hat uns der große Bismard geleistet. Die Not des Landes ist zu groß, als daß sich jemand verlagen könnte.

Diese Tage bringen die Entscheidung von großer Tragweite. In allen Wirbeln der Geschichte sollte für uns die der böse Ausgang des Münchener Rufsch ansetzen eine letzte Linie als nur durch die Einigung der nationalen politischen Kräfte des Volkes ein Fortschritt, eine Gesundung erzielt werden kann. München hat geleistet, daß Uneinigkeit Verderb ist, und ohne Zweifel ist dieser Münchener Rufsch in seinen Begleitartikeln der Beweis dafür, wie es nicht gemacht werden darf, der Zeiger dafür, daß die nationalen Kräfte des Landes in kühler Ruhe und nationaler Sammlung auch daran denken müssen, daß Preußen in Deutschland eintritt der gesunde Kern gewesen ist, daß die Preußen des Deutschen Reiches durch die logische Konsequenz ihrer Handlungen erst aus dem Deutschland der Zerfalltheit das bismardische Reich der Einigung geschaffen haben.

Soehly (Dem.) und Dr. Waldenhauer (D. Volksp.), Dr. Meerfeld (Soz.), Raas (Zentrum) und Deermann (Bayer. Volksp.) außerdem legten der Finanzminister und der Minister des Innern ihre Ansichten vom Standpunkt ihrer Ministerien aus dar. Nach der Reichstagsler ergriff noch einmal das Wort zu einer kurzen Erwiderung.

Wie uns berichtet wird, kam im allgemeinen in der Aussprache zum Ausdruck, daß die rheinisch-westfälische Frage angeht, die der ungesunden Notlage der betroffenen Gebiete einer schnellen Lösung entgegengeführt werden muß, und daß man weiter verfahren sollte, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen. Weiter wurde die Ansicht ausgesprochen, es sei nicht angebracht, die besetzten Gebiete, die ja bekanntlich vor dem Kriege in keiner Beziehung ein Ueberzugsgebiet darstellten, durch eine Neuorganisation ihrer Verwaltung in den Stand zu setzen, die Mittel für die soziale Fürsorge selbst auszubringen. Der Ausschuss schloß seine Sitzung gegen 4 Uhr nachmittags; irgend welche Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt.

### Die neue Antragsfraktion.

„Matin“ schreibt zu der bevorstehenden Entscheidung der Volkshafterkonferenz, die französische Regierung hat sich entschlossen, das Ruhrgebiet nur zu räumen, wenn alle

im Versailles Vertrag unterzeichneten Klauseln ausgeführt sind und Frankreich gegen alle Angriffsmaßnahmen gestärkt ist. Bis jetzt waren unsere Truppen im Ruhrgebiet, um ein Pfand für die Forderungen der Alliierten zu haben. Bis jetzt war es klar, daß wir das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen würden. Gestern aber hat Poincaré erklärt, daß wir an der Ruhr bleiben werden um unserer Sicherheit willen. Wir werden das Ruhrgebiet nur dann räumen, wenn die Bevölkerung Deutschlands auf das Maß zurückgeführt wird, das der Versailles Vertrag vorsieht, und wenn unsere Militärkontrollen jederzeit und an jedem Ort sich verifizieren kann, daß Deutschland keine militärischen Verpflichtungen erfüllt.

### Berichte Entscheidung der Volkshafterkonferenz.

Paris, 19. Nov. Die Sitzung der Volkshafterkonferenz war 1.30 beendet. Man hat hinsichtlich der Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle ein provisorisches Abkommen getroffen, das den interessierten Regierungen nimmere zur Genehmigung unterbreitet wird. Nach eingehendem Meinungsaustausch wurde ein vermittelnder Text entworfen, der heute nachmittag dem französischen Ministerrat zur Ratifizierung unterbreitet wird. Inzwischen wird der englische Volkshafter seine Regierung telephonisch fragen, ob sie die ins Auge gefaßten Entschlüsse annehmen will. Die Volkshafterkonferenz wird heute abend 6 Uhr französischer Zeit wieder zusammenzutreten, um wenn möglich, eine Entscheidung zu treffen.

Paris, 19. Nov. Die Volkshafterkonferenz hat um 6 Uhr abends nur eine kurze Sitzung abgehalten, und ist auf morgen vertagt worden, weil die Volkshafter Groß-Britanniens und Belgiens heute abend noch nicht die Instruktionen ihrer Regierungen erhalten hatten. Die Agentur Savas berichtet, daß die Vertagung der Volkshafterkonferenz keine neuen Schwierigkeiten voraussehen lasse. Im Gegenteil sei es wahrscheinlich, daß morgen ein Einverständnis erzielt werde.

Savas will weiter erfahren haben, daß sehr wahrscheinlich die Volkshafterkonferenz sich in der Frage der Militärkontrolle in Deutschland auf folgender Grundlage einig werde:

Sie werde der deutschen Regierung mitteilen, daß die Militärkontrolle in allerletzter Zeit wieder aufgenommen werden werde und fragen, ob die deutsche Regierung hierzu ihre Zustimmung gebe oder nicht. Der Kontrollkommission werde es zu, zu bestimmen, unter welchen Bedingungen sie ihre Pflicht ausüben würde. Wenn Hindernisse entfallen würden, habe sie zu entscheiden, ob die deutsche Regierung hierfür bereit zu sein sei und in welchem Maße. In diesem Falle würden die Alliierten sich verpflichten, um, wenn nötig, Maßnahmen zu ergreifen, um den Kontrollpunkt anbelangt, so werden man in Betracht der Zukunft, daß er einen Bericht auf den Thron ausgesprochen und das Besprechen gegeben habe, als Privatperson in Deutschland zu bleiben, die deutsche Regierung ausfordern, freige darüber zu wachen, daß er das gegebene Versprechen halte.

### Ministerrat.

Paris, 19. Nov. Der Ministerrat ist um 2.30 Uhr in Sitzung angekommen. Nach der Sitzung, die bis 4.30 Uhr dauerte, wurde folgende offizielle Mitteilung ausgesprochen: Der Ministerpräsident hat den Ministerrat über die Verhandlungen der Volkshafterkonferenz unterrichtet. Die Regierung hat die vom Ministerpräsidenten in den Verhandlungen eingenommene Haltung einmütig gebilligt.

Paris, 19. Nov. Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage abgeben.

### General v. Seidt an den Vormürr.

Das sozialdemokratische Zentralorgan veröffentlicht folgendes, vom 17. November datiertes Schreiben des Chefs der Reichsregierung: Der Vormürr hat in seiner Nr. 537 eine Erklärung des Ausschusses der freigeordneten sozialistischen Spitzenverbände Berlins gebracht,